

Presseinformation

Unternehmensinsolvenzen in Europa, Jahr 2021

Corona-Gegenmaßnahmen verhindern Insolvenzen

Die Insolvenzzahlen in Europa wurden auch 2021 von den politisch motivierten Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geprägt. In Westeuropa (EU-14 sowie Norwegen, die Schweiz und Großbritannien) wurden im Jahresverlauf insgesamt 110.451 Unternehmensinsolvenzen registriert. Das waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr (2020: 116.446). Die europäische Wirtschaft befand sich auch 2021 in einer Ausnahmesituation. „Die Pandemie bremste in vielen Bereichen die Geschäftsentwicklung. Gleichzeitig halfen zahlreiche Hilfsmaßnahmen der Regierungen, die Folgen abzufedern und aufzuschieben“, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung in Neuss. „Die aktuellen Insolvenzzahlen spiegeln damit die wahre wirtschaftliche Situation vieler Wirtschaftsbereiche nur unzureichend“, sekundiert Gerhard Weinhofer, Geschäftsführer von Creditreform Österreich.

Im Vergleich zum letzten Jahr vor der Corona-Krise (2019: 159.832) liegt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Europa mittlerweile das zweite Jahr in Folge um rund 50.000 Fälle niedriger. „Je länger die staatlichen Subventionen für die Unternehmen anhalten, desto wahrscheinlicher wird das Entstehen von Zombieunternehmen, die nur noch unter diesen speziellen Bedingungen überleben können“, warnt Hantzsch. Veränderungen wie beispielsweise eine Zinswende und ein Auslaufen der Hilfsmaßnahmen könnten den Druck auf die Unternehmensstabilität erheblich verschärfen. Eine (Nachhol-)Insolvenzwelle werde dann wahrscheinlicher.

In den einzelnen Ländern Westeuropas lassen sich für 2021 unterschiedliche Entwicklungen konstatieren. So verzeichneten die Dänemark, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Italien und die Schweiz bereits Anstiege der Insolvenzzahlen. In vielen Ländern nahmen die Insolvenzen aber erneut ab – so beispielsweise in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden.

Weniger Pleiten im Handel, mehr im Baugewerbe

Nach Wirtschaftsbereichen lassen sich stärkere Rückgänge im Handel (minus 10,1 Prozent) und im Verarbeitenden Gewerbe (minus 8,5 Prozent) feststellen. Dagegen lagen die Insolvenzzahlen im Baugewerbe etwas höher als im Vorjahr (plus 1,2 Prozent). Um knapp vier Prozent gingen die Zahlen im Dienstleistungssektor zurück. „Trotz der offensichtlichen Krisenbetroffenheit von Handel und Gastgewerbe während der Corona-Zeit spiegelt sich das im Insolvenzgeschehen nicht wider“, erläutert

Weinhofer. Im Gegenteil: Der Anteil dieses Wirtschaftssektors an allen Insolvenzen sei aktuell mit 28,5 Prozent deutlich niedriger als vor der Corona-Krise (2019: 31,5 Prozent). „Diese Entwicklung lässt sich nur mit Sondereffekten der Pandemie-Bekämpfung erklären“, führt der österreichische Experte weiter aus.

Mehr Insolvenzen in Osteuropa

Im Gegensatz zur Entwicklung in Westeuropa nahmen die Insolvenzzahlen in Osteuropa zu. Im zweiten Corona-Jahr 2021 waren in den zwölf betrachteten Ländern gut 39.000 Firmeninsolvenzen zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (2020) war das ein Plus von 5,9 Prozent. Dabei verzeichneten Kroatien, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn steigende Insolvenzzahlen. Nochmals deutlich zurückgegangen sind die Fallzahlen hingegen in Bulgarien, Polen und im Baltikum. In der Türkei setzte sich 2021 der Anstieg der Insolvenzzahlen fort (plus 7,7 Prozent), so dass hier rund 17.200 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen waren.

Bilanzen unter Eindruck der Krise

Die Jahresabschlüsse der Unternehmen in Westeuropa zeigen bereits erste negative Auswirkungen der Corona-Krise. Im ersten Krisenjahr 2020 nahm der Anteil der Unternehmen mit negativen Gewinnmargen, die Verluste erwirtschaftet hatten, von 21,9 auf 26,7 Prozent deutlich zu. Gleichzeitig verzeichneten aber auch mehr Unternehmen eine sehr hohe Gewinnmarge (2020: 18,0 Prozent; 2019: 17,4 Prozent). „Wer sein Geschäftsmodell in der Krise angepasst hat und das schöpferische Potenzial

des Strukturwandels nutzen konnte, hat auch mehr Gewinne realisieren können“, betont Hantzsch. Insgesamt sieht er aber europaweit ein gestiegenes Insolvenzpotenzial.

Auch die Eigenkapitalquoten haben unter der Krise gelitten. 22,6 Prozent der betrachteten Unternehmen in Westeuropa sind als eigenkapitalschwach anzusehen (Eigenkapitalquote unter 10 Prozent). Im Vorkrisenjahr lag dieser Anteil bei 21,9 Prozent – er hat sich also zuletzt leicht erhöht. Weiterhin verfügen aber viele Unternehmen (46,2 Prozent) über eine hohe Eigenkapitalquote von über 50 Prozent. „Durch die gute Wirtschaftslage im Vorfeld der Corona-Pandemie waren die Eigenkapitalquoten gestiegen und die Schwere der Krise wurde durch stabile Unternehmen abgefedert“, so Hantzsch weiter. Allerdings seien die Puffer nach zwei Jahren Konjunkturschwäche mittlerweile oft aufgebraucht. Bedenklich sind auch die gestiegenen Forderungslaufzeiten in zahlreichen Ländern. Lieferanten und Leistungserbringer mussten länger warten, bis Rechnungen bezahlt wurden. Das macht sie selbst angreifbarer für Liquiditätsengpässe.

(ca. 5.000 Zeichen)

Neuss, 18. Mai 2022